

# Sparpolitik als Krisenverstärker

Arbeiterkammer, Österreichischer Gewerkschaftsbund und die Österreichische Gesellschaft für Europapolitik ließen am 14. Dezember die „Wirtschaftspolitik der Eurozone am Wendepunkt“ diskutieren.

„Europa darf kein Synonym werden für hohe Arbeitslosigkeit und wachsende Ungleichheit“, eröffnete AK-Präsident Rudi Kaske eine AK/ÖGB/ÖGfE-Diskussionsveranstaltung.

Für Engelbert Stockhammer (Kingson University London) ist die neoliberale europäische Wirtschaftspolitik ein Grund dafür, dass die in den USA gestartete Krise erst in Europa richtig schlimm geworden ist. Die Austeritätspolitik sei „das Gegenteil von dem, was man in ökonomischen Einführungsvorlesungen lernt: In der Krise muss man

investieren“. Die EU fördere eine Politik der Lohnzurückhaltung – und lasse unter den Tisch fallen, dass „Löhne nicht nur ein Kostenfaktor sind, sondern auch eine Quelle für Nachfrage“.

Politologin Sonja Puntcher-Riekmann (Universität Salzburg) ortete in der EU ein Demokratiedefizit und forderte eine neue Verfassungsdebatte.

Harald Waiglein (Finanzministerium) argumentierte, dass staatliche Ausgaben nur ausgeweitet werden könnten, wenn Staaten Zugang zu den Kapitalmärkten hätten.

Oliver Röpke (ÖGB-Europabüro) betonte, eine Zustimmung zu EU-Vertragsänderungen könne es nur geben, wenn ein „soziales Fortschrittsprotokoll“ verankert werde.

Lisa Mittendrein (Attac) erinnerte daran, mit welcher Vehemenz die europäischen Eliten den Abbau von Arbeitsrechten durchsetzen konnten. Hingegen werde kaum Druck ausgeübt, den Steuerwettbewerb bei Unternehmenssteuern einzudämmen.

Mehr Infos unter:  
[tinyurl.com/jh5acbb](http://tinyurl.com/jh5acbb)



Lisa Mittendrein (Attac): „Der Raum für progressive Wirtschaftspolitik wurde zuletzt durch Fiskalpakt, Six-Pack und Two-Pack sowie die Programme für die ‚Krisenländer‘ zunehmend eingeschränkt.“



Politologin Sonja Puntcher-Riekmann zum Stellenwert der sozialen Frage in der EU: „Viele Prinzipien in den EU-Verträgen wecken die Erwartung, dass auf europäischer Ebene auch sozialpolitisch gedacht wird.“



Ökonom Engelbert Stockhammer: „In den von der Krise am meisten betroffenen Ländern wurde eine drastische Austeritätspolitik durchgeführt, anstatt die Wirtschaft durch staatliche Ausgaben anzukurbeln.“



Präsident Rudi Kaske im AK-Bildungszentrum: „Wir brauchen in Europa dringend einen wirtschafts-, sozial- und demokratiepolitischen Kurswechsel in Richtung eines neuen Wohlstands- und Verteilungsmodells.“